

Betreff: Anstieg der Hate Crimes - auch in Graz



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag
an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. November 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Schon seit Mitte des vergangenen Jahres berichten Medien immer häufiger über Hassverbrechen gegen Menschen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit: Verbrannte Regenbogenfahnen und Angriffe auf LGBTIQ-Personen, rassistische Gewalt, Beleidigungen und viele andere tragische Fälle haben so ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden.

Leider wurde auch Graz in den letzten Jahren zweimal Schauplatz eines Hassverbrechen gegen das Vereinslokal der Rosalila PantherInnen. Einmal im Sommer 2020, als ein Täter die Auslage des LGBTIQ-Vereines und auch die Synagoge in Graz angriff und nun erst vor wenigen Tagen wieder. Unbekannte Täter warfen laut Zeugenaussagen einen Kanaldeckel in die Eingangsfensterscheibe des „feel free“-Vereinsplatzes der PantherInnen.

Ein erster Pilotbericht des Innenministeriums zeigte bereits im Sommer des vergangenen Jahres eine hohe Zahl von Hassverbrechen, die in den verschiedensten Kategorien zur Anzeige kamen – Expert:innen weisen jedoch darauf hin, dass es sich dabei nur um die Spitze des traurigen Eisbergs handeln und die Dunkelziffer an nicht-angezeigten Verbrechen deutlich höher sein dürfte.

Eine neue parlamentarische Anfragebeantwortung von SPÖ-Gleichbehandlungssprecher Mario Lindner zeigt nun deutlich, dass sich die Zahl der Hate Crime im Jahr 2021 – verglichen zu den ersten sechs Monaten des BMI-Pilotprojekts (Nov. 2020 bis April 2021) – nochmals deutlich gesteigert haben.

Vergleich des BMI-Pilotberichts (Nov. 2020 bis April 2021) und der parlamentarischen Anfrage der SPÖ zum gesamten Jahr 2021:

	BMI-Pilotbericht (November 2020 - April 2021)	Parlamentarische Anfrage (Jänner - Dezember 2021)	Opfer Gewalt Delikte 2021
Nationale/Ethnische Herkunft	724	1.874	927
Weltanschauung	701	2.052	294
Religion	309	750	288
Hautfarbe	157	408	131
Alter	109	266	106
Geschlecht	129	354	296
Sexuelle- Orientie- rung	97	376	224
Sozialer Status	90	287	107
Behinderung	85	252	105
Gesamt	2401	6619	4352

Die Forderung nach einem Nationalen Aktionsplan gegen Hass und Diskriminierung angesichts dieser Entwicklung wird immer deutlicher und auch dringlicher. Auch Gespräche mit Sozialarbeiter:innen und Interessenvertreter:innen im Bereich der Rosalila Pantherinnen machen deutlich, dass neben der Angriffe auf das Lokal auch verbale Angriffe mittlerweile zum täglichen und wöchentlichen Geschäft im Bereich des „feel free“ gehören, welches natürlich auch als wichtiges und sichtbares queeres Beratungszentrum dient. Diese Beratungsarbeit wird dadurch natürlich massiv erschwert.

Dieser Nationale Aktionsplan gegen Hassverbrechen und Diskriminierung muss nicht nur die Stärkung des Vertrauens in Polizei und Justiz, sondern auch Fragen der öffentlichen Sichtbarkeit, der Sensibilisierung in der Verwaltung und der Exekutive, der Antidiskriminierungsarbeit im Bildungsbe- reich und vieles mehr umfassen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf große Ballungszentren gelegt werden. Wesentlicher Bestandteil des Aktionsplans muss das „leveling up“ sein, also die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf das Privatrecht. Denn solange in Österreich Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung eine Wohnung verwehrt werden kann oder sie aus einem Taxi geworfen werden können, weil sie Händchen halten, haben wir noch einen langen Weg vor uns.

Von den unterschiedlichen Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechts- identität sind Hassverbrechen die extremste Form und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Schon heute setzen Länder und Kommunen dafür wichtige Schwerpunkte. So ist beispielsweise nicht nur die Regenbogenhauptstadt Wien bemüht, der steigenden Zahl von Hassverbrechen entgegenzuwir- ken, sondern auch das Land Vorarlberg hat erst im Sommer 2022 einen eigenen Aktionsplan vorge- stellt. Klar ist aber, wie von Expert:innen und Eigenvertretungsorganisationen stets betont wird, dass die Koordinierung, die Bereitstellung von Ressourcen und vor allem der politische Wille einen gesamtösterreichischen Anstoß braucht – der lange geforderte Nationale Aktionsplan gegen Hass würde genau das ermöglichen. Sowohl die Stadt Graz, als auch das Land Steiermark und die zahlrei- chen Vereine und Institutionen leisten sehr wertvolle Arbeit bei der Unterstützung der queeren Community. Die wirksame Lösung des Problems der Hassverbrechen können Stadt und Land jedoch nicht mehr alleine bewirken. Hier ist der Bund gefordert.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

- Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionsweg an die Bundesregierung heran und fordert die Einführung eines nationalen Aktionsplans gegen Hassverbrechen, sowie ein „Levelling Up“ (die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Gleichbehandlungsgesetz auf den Privatbereich, also den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie Wohnraum).
- Die Stadt Graz verstärkt den Austausch mit Vereinen aus der queeren Community und Gewaltschutz-Expert:innen.